

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.

Annahme von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Dadenheim & Bogler, G. E. Damb, Invalidentank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Eberfeld B. Thienes, Greifswald G. Jülich, Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Neuberger, A. Steiner, Wilhelm Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Geimr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Nebelam 30 Pf.

Kaiserworte.

Unserm Kaiser steht die unschätzbare Gabe zu Gebote, in einfacher und natürlicher Weise seine Gedanken auszudrücken. Ob im fließenden Strom der lebendigen Rede die feinsten Worte an unser Ohr dringen, oder ob sie erst durch Vermittlung des Papiers uns zum Bewußtsein gelangen, in beiden Fällen ist, was er sagt, eindringlich und treffend.

Es ist in der alten Kaiserstadt Frankfurt am Main, am fünfundsiebenzigjährigen Gedenktage des Friedens mit unserm Erbfeinde. Die Hülle des Denkmal für Wilhelm dem Großen ist gefallen, und beim Festmahle erhebt sich sein Geist zu einer begeisternden Rede. Mit erhebener Majestät rollen die Worte daher. Mit packender Kraft entwickeln sich die Bilder, ein schöner Gedanke entspringt sich an dem Feuer des andern, und alles quillt aus der Tiefe der Seele hervor, wie das lebendige Wasser eines klaren Quells aus den Klüften der Erde. Mit weithin leuchtendem Glanze erhebt sich von dem rednerischen Gesamtbilde die Schilderung unser Dabentatens: „Wir erkennen aus dem prüfungsreichen Gange dieses hohen Herrn, wie der allmächtige Schöpfer Herrscher und Volk führt, um das Nützlichste zu bilden, welches endlich der Welt den Frieden zurückgeben sollte. Er ist auch zur Vorbild geworden für uns andere, zum Vorbild für alle Monarchen, die nur dann etwas für ihr Volk und mit ihrem Volke erreichen können, wenn sie fest darauf gegündet sind, daß ihr Amt, vom Himmel ihnen verliehen, sie auch dazu zwingt, bereinst dem Himmel dafür Rechenschaft zu geben!“

So spricht kein gewöhnlicher Geist. Wenn es aber vergoß ist, so zu sprechen, der ist doppelt und dreifach begnadet, wenn er eine so hochragende geistige Kraft, ein so warm empfindendes Herz ganz in den Dienst des Vaterlandes stellt und die zündende Rede nur als Unterlage und Vorbereitung für die wägende That gelten läßt. Der Kaiser gedachte auch des Werkzeuges, mit dessen Hilfe der erste Träger unserer Kaiserkrone dieses Kleinod schmiedete, des deutschen Deeres. Dem Appell, „unser Volk in Waffen hochzuhalten, zu achten und zu ehren und es fernzuhalten von allen Parteien und allem Eingreifen politischer Doktrinen“, wird jeder Deutsche aus voller Ueberzeugung zustimmen müssen; ist doch das deutsche Deer das Werkzeug, nicht nur dem deutschen Reiche, sondern auch der ganzen Welt den Frieden zu erhalten. Das Kaiser Wilhelm somit dem Volksgewissen Ausdruck geliehen, so hat er noch in einem andern Punkte an diesem Tage dem Volke aus der Seele gesprochen. Durch das liberale hiesige Telegramm an den ersten Kaiser unseres Reiches hat sich Kaiser Wilhelm ein neues wichtiges Denkmal im Herzen aller vaterlandsliebenden Deutschen aufgerichtet. Denn so lange deutsche Herzen aufschlugen, wird unser Volk stets mit dankbarem Hinblick zu dem aufstehen, der in der Zeit Sturm und Drang fest stand, wie ein Fels im Meer, und der nicht wankte und nicht wich, bis der herrliche Bau des deutschen Reiches aufgerichtet war.

Auf derselben Höhe wie jene Kaiserworte steht die Mahnung an die politischen Parteien: „Die Herren Parteien sollen sich um das Seelenheil ihrer Gemeinde kümmern, die Nächstenliebe pflegen, aber die Politik aus dem Spiele lassen, die Welt ist das garnichts angeht!“ An einem Kaiserwort soll man nicht drehen und drehen. So nicht man bei den vielen Erklärungen, die dieses Kaiserwort gefunden hat, ausruhen. Und doch tritt der Kern der Worte so deutlich hervor, daß er gar nicht erst ausgeschüttet zu werden braucht. Es ist selbstverständlich, daß der Kaiser den Geistlichen ihre staatsbürgerlichen Rechte nicht absprenken wollte. Ist es doch die Pflicht eines Geistlichen mit, sich um das nationale Gedeihen zu kümmern. Was der Kaiser verurteilt, ist die rücksichtslose, demagogische Agitation, welche Gehässigkeit und Unruhe in die Gemeinden hineinträgt und welche die Heilspredigt verdrängt mit volkwirtschaftlichen Forderungen, die nicht auf die Lösung der politischen Angelegenheiten, sondern auf die Lösung der politischen Angelegenheiten abzielen. Solches Verhalten kann, wie auch schon ein Blick des Evangelischen Oberkirchenrats es ausgesprochen hat, nicht zum Heile der Kirche gereichen und ist in der That mit dem Amte eines Geistlichen und mit der Religion unvereinbar.

Ans Südwest-Afrika.

Zur Vorgeschichte der in Deutsch-Südwest-Afrika ausgebrochenen Unruhen ist ein Bericht des Landeshauptmanns Lentowin an den Reichskanzler von hohem Interesse, der am 11. Mai eingetroffen ist und nach der „Nordb. Allg. Ztg.“ wie folgt lautet:

Windhoek, den 1. April 1896. Guter Durchlaucht! Ich habe die Ehre, Ihnen den Bericht über die hiesigen Verhältnisse zu übersenden, welche sich seit dem 1. April 1896 in der Kolonialpolitik mit in Kauf nehmen. Wie ich in meinem Bericht vom 14. Juni 1895 Nr. 270 bereits als Befürchtung angebeutelt habe, nämlich daß die skhanas-Dienstboten, weil ohne feste Leitung, sich allmählig zu Mäuerbänden ausbilden würden, scheint eingetroffen zu sein. Vom Distriktschef in Gobabis sind plötzlich Nachrichten über Viehdiebstahl und Feindseligkeiten gegen kleinere Stationen und Patrouillen eingetroffen. Ich habe daher vorläufig den Hauptmann von Gortorf mit 50 Mann und einem Geschütz nach Gobabis entsendet, um den Distrikt zu verstärken, eine Maßnahme, welche ich im übrigen längst beschloß hatte; nur glaube ich vorher das Bestehen der Erlaßmannschaften abwarten zu können. Bedarfs-Regelung der politischen Fragen habe ich meinen Stellvertreter, den Assessor von Lindequist, mitgeleitet. Das G. W. dieser Vorfälle hängt lebendig von der Frage ab, ob der Kapitän Modemus an den letzteren beteiligt ist oder nicht. Vorläufig habe ich bei dem Oberhauptling Samuel und seinen übrigen Unterhauptslingen das Nötige veranlaßt, um betreffenden Falles Modemus zu isolieren. Desgleichen habe ich den Distriktschef in Siben die Ergreifung von Maßnahmen behufs Verhinderung eines etwaigen Durchbruchs der skhanas dorthin, wie

ein solches im gleichen Fall Anfangs 1895 erfolgt ist, befohlen. Endlich aber habe ich den Kapitän Modemus an die Pflichten seines Bündnisvertrages erinnert, sowie an seine Mitverantwortlichkeit in dieser Sache, nachdem er die ihm seiner Zeit zur Aufsicht übergebenen Skhanas habe entlassen lassen. Welche Maßnahmen derselbe daraufhin ergreifen wird, steht noch dahin.

Heute früh sind seitens der bereits über Kommando vorgehenden Abteilung Gortorf Nachrichten eingetroffen, welche die Teilnahme von Modemus an dem Aufstandsbuche als sicher erscheinen lassen. Ich habe in Folge dessen beschlossen, nach Erledigung aller hier zu treffenden Maßnahmen mit dem Rest der verfügbaren Truppe (ca. 50 Mann) persönlich nach Gobabis zu marschieren. Der Zeitpunkt zu dem Aufstandsbuch ist seitens der Empörer insofern für sie günstig gewählt, als der nach Deutschland zurückkehrende Teil der auscheidenden Mannschaften sich bereits in Swakopmund befindet, während das Telegramm, laut welchem der Erfolg am 1. Mai er. landet, erst nach deren Abmarsch eingetroffen ist. Angesichts der hierdurch für das Schicksal der Truppe heraufbeschworenen schwierigen Lage habe ich im Namen des Kaisers auf Grund der Bestimmungen der Kapitulations-Verhandlungen angeordnet, daß von denjenigen Mannschaften der Schutztruppe, deren Kapitulation am 1. April er. abläuft, vorläufig keine zur Entlassung kommt, während die Dispositions-urkunden wieder sämtlich eingezogen worden sind. Zur Verwendung im Felde werde ich insofern von diesen Mannschaften vorläufig nur solche auszuwählen, welche freiwillig sich hierzu gemeldet haben. Die übrigen thun Wachdienst in den Garnisonen, mit der Maßgabe, daß dieselben daneben ihren bürgerlichen Beruf weiter betreiben können. Nur durch diese Maßnahmen ist es mir möglich gewesen, vorläufig für den Feldgebrauch wenigstens etwa 100 Mann verfügbar zu machen. Mit diesen kann ich hoffen, einen etwaigen erneuten Krieg in die Länge zu ziehen, bis Verstärkung eingetroffen ist. Der Major Müller, welcher sich zum Empfang der neuen Mannschaften in Swakopmund befindet, habe ich angewiesen, sie demnächst in Eimarschen auf den Kriegsschauplatz zu folgen. Im übrigen muß ich hervorheben, daß die Teilnahme der wehrfähigen Bevölkerung in Windhoek an der Sache eine recht rege ist, sowie auch, daß die alten Mannschaften der Schutztruppe sich ohne Weiteres in ihr Schicksal gefügt haben. Zweifel derselben, sowie über die Nachrichten aus dem Zivilstande haben bis jetzt sich zur Teilnahme an der Sache nicht geäußert. Wie diese Verhältnisse in den Distrikten sich gestalten werden, darüber erwarte ich noch Meldung und werde nächster Gelegenheit auch Erreuer Durchlaucht bezügl. näheren Bericht erstatten. Schließlich merke Guter Durchlaucht ich ganz geschämt, daß ich über den äußeren Anlaß zu den in Frage stehenden Vorfällen irgend etwas zu berichten nicht im Stande bin. Aus den bisherigen, kurz gehaltenen Meldungen des Distriktschefs ist nichts zu erfahren. Bis jetzt scheint ein ganz friedlicher Friedensbruch vorzuliegen, ob zuerst von den Hereros oder von den Botentotten ausgehend, ist noch unklar. Wenn dieser Friedensbruch gerade im jetzigen Augenblick, und für uns so wichtigen Zeitpunkt eingetreten ist, so mögen wohl die Eingeborenen, die mit Nachrichten freizügig bedient zu sein pflegen, von dem Abmarsch eines Teils der Truppe gehört haben. Auf der anderen Seite könnte man leicht auf den Gedanken kommen, als ob die Bewegung mit den Arabern in Südafrika im Zusammenhang steht. Ich habe zwar bis jetzt dafür keine bestimmten Anhaltspunkte. Man wird es aber begreifen, wenn ich auch diese Möglichkeit im Auge behalte.

Sollten wir am Vorabend eines allgemeinen Herero-Krieges stehen, so würde die Truppe einer bedeutenden Vermehrung bedürfen.

Deutschland.

Berlin, 13. Mai. Zu einem parlamentarischen Abend hatte für gestern der Kriegsminister eingeladen, welchen zuzufügen Angehörige fast aller Fraktionen des Reichstages gefolgt waren. Auch mehrere Mitglieder des Staatsministeriums und höhere Offiziere vom Kriegsministerium waren zugegen, von national-liberalen Abgeordneten u. A. die Herren v. Bennigsen, Graf Oriola und Dr. Hammacher. Um halb zwölf Uhr erst brachen die Gäste auf, in bester Stimmung, die auch den ganzen Abend über den angeregten Meinungs-austausch betraf, beherrschte hatte. Der Eindruck bei den parlamentarischen Teilnehmern war, daß die Frage der Umformung der vierten Bataillone und die zu diesem Zweck eingebrachten Forderungen die Zustimmung des Reichstages finden dürften, daß aber auch ungemindert die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer befriedigenden Erklärung über den Grund der Militärreformprozedur seitens der Regierung im Interesse einer glatteren Erledigung der Vorlage fortbesteht.

Der Magistrat von Frankfurt a. M. hatte am Sonntag folgendes Telegramm an den Fürsten Bismarck geschickt:

„Beim Beginn des f. s. l. gefeierten Tages, an welchem G. W. Durchlaucht hier vor 25 Jahren den bewundernswürdigen Frieden schloß, der die herrliche Frucht gewaltiger Kämpfe und Siegesdankbarkeits heiße Segenswünsche für das fernere Wohlergehen G. W. Durchlaucht, deren Abwesenheit mir schmerzlich empfinden.“

Hierauf ist vom Fürsten Bismarck aus Friedrichruh folgende Antwort eingegangen: „Oberbürgermeister Widtes, G. W. Hochwohlgeboren bitte ich, dem Magistrat für die ehrenvolle Begrüßung meinen verbindlichsten Dank übermitteln zu wollen.“

Die vereinigten national-liberalen Fraktionen des Reichstages und Landtags hatten gestern mit dem Zentralvorstand der national-liberalen Partei eine Sitzung ab, in welcher die Vorbereitungen zum national-liberalen Delegierten-tag und die Vorhänge der mit den Vorberreitungen betrauten Kommission zur Besprechung kamen. Das Ergebnis der Beratungen war, dem Zentralvorstand anheimzugeben, bei der Wahl von Berlin als Ort des Delegierten-tages zu bleiben, wenn die Ordnung der parlamen-

tarischen Geschäfte im Verste die Abgeordneten in Berlin halten sollte. Andernfalls war die Mehrheit geneigt, einen Ort im Lande, in erster Linie Kassel, zur Abhaltung der Tagung in Aussicht zu nehmen.

Zum Börsengesetz meldet die „Verl. Börsen-Ztg.“:

„Der Reichsbankpräsident Dr. Koch, der schon bei der ersten und zweiten Lesung des Gesetzentwurfs die agrarischen Ausschreitungen zurückzudrängen suchte, hat auch in letzter Zeit noch keinen Einfluß ausgeübt, um die übertriebene und geschäftlichen Verschärfungen des Börsengesetzes zu hinterziehen; er soll die Absicht ausgesprochen haben, dem Kaiser in der Sache Vortrag halten zu wollen, um den Monarchen über die Gefährlichkeit einzelner Bestimmungen des Börsengesetzes aufzuklären.“

Wir geben diese Mitteilungen nur unter Vorbehalt wieder.

Der Bericht der Börsenkommission über das Banknotengesetz ist nun erschienen. Die Kommission hat, abgesehen von rein redaktionellen Änderungen, den Regierungsentwurf nur in zwei Punkten abgeändert. Die „Frei-Ztg.“ berichtet darüber:

„Der Regierungsentwurf spricht der Ermächtigung des Hinterlegers oder Verpfänders, an Stelle der hinterlegten Papiere gleichartige zurück zu gewähren oder über die Papiere zum Nutzen des Verwahrers zu verfügen, nur Gültigkeit zu, soweit die Erklärung für das einzelne Geschäft ausdrücklich und schriftlich abgegeben wird. Dasselbe gilt von dem Verzicht des Kommitenten auf die Uebertragung des Stillschließens. Hier hat die Kommission eingeschaltet, daß ein solcher Verzicht seitens gewerbetätiger Bank- oder Wechselgeschäfte allgemein erfolgen kann. Diese Ausnahme ist gemacht worden im Interesse des Verkehrs der Bankgeschäfte unter sich, insbesondere des Verkehrs des Berliner Kassensystems, bei dem die Effektenlieferung sich an einem einzigen Tage schon auf über 54 000 Stück im Werte von über 40 Millionen Mark belaufen hat. Ferner ist die Verpflichtung des Kaufmanns, bei der Ausantwortung von Papieren an dritte Personen Mitteilung zu machen, daß die Papiere fremde seien, auch ausgedehnt worden auf den Fall, daß der Kaufmann einen ihm erteilten Auftrag zur Anschaffung von Wertpapieren an einen Dritten delegiert. In der Kommission sind alsdann nach einer sehr fruchtigen Verhandlung auch noch zwei Resolutionen angenommen worden. Eine Resolution erucht den Reichskanzler, die Frage einer Prüfung zu unterziehen, wie Sicherheitsmaßregeln für das mit Einlagen bei Depositenbanken betheiligte Publikum getroffen werden können. Eventuell wird der Reichskanzler erucht, ein solches Gesetz unter Erwägung eines in der Kommission von einem einzelnen Mitglied vorgelegten Gesetzentwurfs nebst Begründung vorzulegen. Dieser Gesetzentwurf verpflichtet die Depositenbanken, sich aller Spekulationsgeschäfte für eigene oder fremde Rechnung zu enthalten. Im Einzelnen werden die Geschäfte aufgeführt, die für Depositenbanken zulässig, und diejenigen, welche ausgeschlossen sein sollen. Zugleich werden Vorschriften getroffen über die Veröffentlichung von vierteljährlichen Abschlüssen. Die zweite Resolution erucht den Reichskanzler, bei der Reform der Konturdsordnung Bestimmungen dahin zu treffen, daß Hinterleger von Wertpapieren, soweit diese keine Zins- oder keine sonstigen Vorteile aus dem Hinterlegungsvertrage gehabt haben und sofern von dem Konturdschreiber rechtsverbindlich über die hinterlegten Wertpapiere verfügt ist, wegen des ihnen dadurch entfallenden Schadens Anspruch auf Befriedigung vor den übrigen nicht bevorrechteten Konturdsforderungen erhalten.“

Die „Nat.-Lib. Korr.“ schreibt: Durch zwei unwahre Behauptungen hat die liberale Presse ihren Schmerz über den Sieg des national-liberalen Kandidaten im Reichstagswahlkreis Danabück zu lindern versucht. Die National-liberalen sollten einmal vor der Stichwahl am sozialdemokratischen Stimmen gewonnen, sodann sich ungehöriger Wahlbeeinträchtigungen schuldig gemacht haben. Ad 1 liegt eine Erklärung des Führers der Sozialdemokratie im Wahlkreis vor, welche alle Erzählungen von Verbrechen, sozialdemokratische Stimmen für Herrn Bamhof zu gewinnen, in das Bereich der Verleumdung verweist. Diese Erklärung vertiert durch den Umstand nicht an Gewicht, daß sie von der „Germania“ ihren Lesern vorenthalten wird, obwohl dieses Blatt es gewesen ist, das am lauteften über national-liberale „Liebärgeln“ mit der Sozialdemokratie und über Wahlbeeinträchtigung geredet hat. Was letztere Beschuldigung angeht, so wird der gute Glauben ihrer Arbeiter dadurch getrübt, daß die gesetzliche Frist verstrichen ist, ohne daß auch nur ein einziger Protest gegen die Wahl des Abgeordneten Bamhof eingegangen wäre.

Die Reichstagskommission zur Beratung des Gesetzes über die Errichtung von Handwerkskammern hatte sich im Februar, nachdem sie eine Sitzung abgehalten, vertagt, um die in Aussicht gestellte, im preussischen Handelsministerium ausgearbeitete Vorlage über die Handwerker-Organisation abzuwarten. Nachdem letztere Vorlage bis jetzt nicht eingegangen, ist die Kommission durch ihren Vorsitzenden, Abg. Waffernann, auf den Freitag zu einer neuen Sitzung zusammenberufen und Staatssekretär v. Böttcher hiervon benachrichtigt worden.

Die Gemeinde-Kommission des Abgeordnetenhauses berieht Montag Abend die Denkschrift der Staatsregierung bezüglich Ausföhrung des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juni 1895 und über die Petitionen wegen Ausföhrung dieses Gesetzes. Der Berichterstatter Dr. Schilling (kon.) beantragte die Denkschrift durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären und die Petitionen der Staatsregierung als Material zu überweisen. Mich (Ztr.) beantragt die Resolution, durch welche die Staatsregierung ersucht wird, dem Grundlag von Leistung und Gegenleistung bei Befestigung von Gemeindebeschlüssen mehr Geltung zu verschaffen. Von Seiten der Regierungsvertreter wurden die Absichten des Kommunalabgabengesetzes erläutert. Nach Aufhebung der Realsteuern als Staatsabgaben seien die Ertragssteuern zur Kommunalabgabe in vollem Maße heranzuziehen. Dieser Grundlag sei von allen Seiten anerkannt worden. Nach weiterer

längerer Debatte wurde die Denkschrift einstimmig durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt, und die Petitionen wurden der Staatsregierung zur Erwägung überwiesen. Die Resolution Mich wurde abgelehnt.

Leipzig, 12. Mai. Wie das „Leipziger Tageblatt“ erfährt, wurde in Freiburg in Baden der Buchhändler Jacobi verhaftet, gegen welchen die Unterjuchung wegen Hochverrats und wegen Majestätsbeleidigung, begangen gegen den deutschen Kaiser, eingeleitet ist. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit mehreren vor einiger Zeit in Baden vorgenommenen Hausdurchsuchungen wegen anarchochristlicher Umtriebe. Die Angelegenheit wird, wie das Blatt hinzusetzt, voraussichtlich in kurzer Zeit durch das Reichsgericht entschieden werden.

Karlsruhe, 12. Mai. Der Bürgerausschuß genehmigte in seiner heutigen Sitzung in namentlicher Abstimmung den Antrag des Stadtrates, mit der Staatsregierung behufs Bau eines Rhein-Kanals und Hafens bei Karlsruhe einen Vertrag abzuschließen.

Frankreich.

Paris, 12. Mai. Prinz Eugen von Schweden stattete heute dem Präsidenten Faure einen Besuch ab, der später von dem Präsidenten erwidert wurde.

Italien.

Rom, 12. Mai. Die „Tribuna“ meldet aus Massawa: Das Militärgericht hat heute den Anklage-Beschluß gegen General Baratieri erlassen. Major Sassa wird noch immer von Menek gefangen gehalten.

Zum Präfecten der vatikanischen Archäologie Stelle Galimberti's wird Kardinal Francesco Segna ernannt werden.

Spanien und Portugal.

Madrid, 12. Mai. Die Deputiertenkammer wählte Vidal mit 253 Stimmen zum Präsidenten. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

England.

London, 12. Mai. Dem „Neuter'schen Bureau“ ist folgende vom heutigen Tage in Shanghai aufgegebene Meldung zugegangen: Der Agent der Russischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft hat ein dem Hause Ferguson in Ghefoo gehöriges Stück der Küste erworben, wie man vermutet, zu dem Zwecke, dort eine Moole zu bauen. Andere Käufer in Ghefoo haben hiergegen Einspruch erhoben, die chinesischen Behörden haben aber auf Intervention der russischen Regierung einen entsprechenden Antrage des russischen Botschafters stattgegeben.

London, 12. Mai. Bezüglich der heutigen Meldung aus Shanghai über die Erwerbung eines Küstenstriches in Ghefoo seitens der „Russischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft“ erfährt das „Neuter'sche Bureau“, daß die von Russland beantragte Zustimmung der chinesischen Behörden an der Gebietsabgrenzung den verbrieften Rechten der britischen Unterthanen zuwiderläuft und daß der Tgabetstand zur Prüfung der britischen Regierung unterliegt.

Schweden und Norwegen.

Sehr ernst lauten die Nachrichten über den Gesundheitszustand des Königs Oskar von Schweden. Aus Stockholm wird berichtet: Die hier eingetroffenen Telegramme über den Gesundheitszustand des auf Reisen befindlichen Königs Oskar haben in den weitesten Kreisen Besorgnis erregt. Obwohl die Telegramme an sich nichts enthalten, was zur Ursache Veranlassung geben könnte, ängstigt man sich hier, da die Kraft des greisen Monarchen seit dem vorigen Sommer, seit Beginn der ernstlichen Schwierigkeiten in der Unions-Politik, sichtbar abgenommen hat. Noch vor einem Jahre konnte man ihn jeden Tag mit der strammen Haltung eines jüngeren Offiziers in der Hauptstadt spazieren gehen sehen. Bei Gelegenheit hatte der König kurz vor seiner Abreise zu beobachten, konstatierte eine traurige Veränderung. Langsam und gedehnt schritt er vorwärts. Seine früher so laute, helle Stimme hatte ihren Klang verloren. Daß es die politischen Sorgen sind, die König Oskar's Gesundheit angegriffen, haben wir aus seinem eigenen Munde gehört. Im vorigen Sommer, als wir einmal in Gesellschaft eines höheren Beamten beim Schloß zu Drottningholm vorbeispaßierten, hielt sich der Monarch auf der Schloßterrasse auf. Sobald er unseren Begleiter erblickte, tief er ihn zu sich, und als dieser seine Freude über das gute Aussehen des Königs nach den mit dem Besuche Kaiser Wilhelm verbundenen vielen gesellschaftlichen Strapazen bezeugte, drückte ihm der Monarch die Hand und sagte: „Das ist nichts, mein Lieber, aber die Sorgen, die Sorgen, die drücken!“ Als wir einige Momente später König Oskar wiedersehen, war bei ihm der Druck der Sorgen merkbar geworden. Auf dem letzten offiziellen Ball beim Minister des Aeußern war für den König im großen Saale ein Ehrenstuhl aufgestellt worden, auf welchem er kurz nach seiner Ankunft Platz nahm und den er vor dem Souper nicht wieder verließ. Er bewegte sich langsam und sprach wenig. Alle diese Beobachtungen bilden den Grund der Besorgnis, mit welcher die oben genannten Telegramme empfangen worden sind.

Bulgarien.

Sofia, 12. Mai. Die Fürstin Marie Louise ist heute Abend mit den Prinzen Boris und Cyril hier eingetroffen und am Hofhause von dem Fürsten empfangen worden. Ferner waren zum Empfange erschienen die Minister, die Spitzen der Behörden, sämtliche Geistliche, sowie der türkische Vertreter.

Türkei.

Zur Eröffnung des Schah von Persien wird aus Konstantinopel gemeldet: Es ist nunmehr festgestellt, daß der Mörder des Schahs, Mollah Riza, im Vorjahre mehrere Monate in Konstantinopel gewohnt hat. Seine Wohnung hatte er in dem sogenannten kaiserlichen „Misrafschane“ in Nischantsch, einer Art Logierhaus für fremde Schiffs und mohamedanische Geistliche. Mollah Riza stand mit dem Schah'schen Diener-Edin-el-Agha in Verbindung, der für den persischen Schah, welcher hier unbekannt war, die persischen Steuern und ihn auch anderweitig potegiert hatte. Begreiflicherweise hat sich Mollah Riza von dem Verdict aufgedrängt, daß der Schah

von den Anschlügen des Mollah Riza gegen den Schah Kenntnis hatte, was er jedoch entschieden bestritt. Der Schah ist hier seit Jahren interniert und hat Bezüge von der Zivilkass. Er ist ein gelehrter Mann, der sich lange in Europa aufgehalten hat und viele Sprachen spricht. Er hat übrigens in den hohen türkischen Kreisen viele Freunde und Fürsprecher, da man in ihm ein gefügiges Werkzeug für den hier seit Jahren verfolgten Plan der Vereinigung der Schiiten und Sunniten erblickt. Bezüglich der Dabisten, zu denen Mollah Riza gehört, ist noch zu bemerken, daß die viel verbreitete Ansicht, wonach dieselben eine fanatische religiöse Sekte bilden, in unterrichteten türkischen Kreisen bestritten wird. Die Dabisten seien vielmehr eine Art philosophischer Schule, eine Gesellschaft mit sozialen Tendenzen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. Mai. Zu den Verwaltungs-freistellen, welche auf dem Boden des neuen Kommunalabgabengesetzes erwachsen und bereits an das Oberverwaltungsgericht gelangt sind, gehört eine nicht geringe Anzahl solcher, denen offensichtlich das Bestreben zu Grunde liegt, gewisse Erweiterungen, die das Gesetz zunächst nur dem Besteuerungsberechtigten der Gemeinde zu Teil werden läßt, auch auf das Gebiet der Kreisbesteuern zu übertragen, obgleich grundsätzlich das Gesetz die bestehenden Vorschriften über die Aufbringung der Kreissteuern unberührt läßt. Insbesondere wird von vielen Kreisen der Satz der Kreisordnung vom 18. Dezember 1872 als durch das neue Kommunalabgabengesetz aufgehoben angesehen, daß die zu Dienstwohnungen für Beamte bestimmten Gebäude von den Kreislasten befreit sind. Das Oberverwaltungsgericht (2. Senat) hat neuerlich das Gehalt ausgeprochen, wie denn in Beziehung auf die Dienstwohnungen der Forstbeamten ein Gleiches schon vor einiger Zeit seitens der zuständigen Stelle der Forstverwaltung angenommen war.

Der „Reichsanzeiger“ beschäftigt sich mit den Ausichten für den amerikanischen Auswanderer nach Nordamerika und fñhlt sich veranlaßt, ernstlich vor der Auswanderung dorthin zu warnen. Ganz besonders nachdrücklich warnt er Handlungsdiener, Lehrer, Schreiber, Gelehrte, Beamte, Studenten, Offiziere, Gesellschaftlerinnen, Erziehinnen, Kindergärtnerinnen, da es für solche Leute thätiglich keine Ausicht gebe, ein Unterkommen zu finden. Landwirthe, die mit etwas Geld auswandern, warnt er, sich mit dem Ankauf von Grundeigentum zu beeilen, da sie leicht ihr Geld für wertloses Land oder für solches, dessen Besitzrechte nicht in Ordnung seien, verlieren könnten. Er meint, es sei besser, sich erst als Arbeiter zu verbinden und dabei Erfahrungen zu sammeln, insbesondere da die amerikanische Feldarbeit von der deutschen sehr verschieden sei.

Im Saale der Philharmonie tagte gestern der erste Zonentag der Zone Pomern des deutschen Gastwirthsverbandes, an welchem sehr viele Vertreter aus der Provinz Theil nahmen, besonders aus Anklam, Pritz, Stargard und Stralsund, während die Gastwirthvereine zu Demmin, Kolberg und Greifswald ihre Ausdeisler entsandigt, aber freundliche Grüße gelandt hatten. Am Vormittag fand zu Ehren der auswärtigen Gäste eine Bierprobe statt, welche recht ausgedehnt werden konnte, da sämtliche hiesige Brauereien und auch eine auswärtige (Nabeberg) in entgegenkommender Weise „Stoff“ zur Verfügung gestellt und auch für den nöthigen Jmß georgt hatten. Bei der gerade in der gegenwärtigen Zeit bekannten Leistungsfähigkeit unserer Brauereien war es kaum zu verwundern, daß die Güte des Gebraus in vollem Maße anerkannt wurde. Um 2 Uhr Nachmittags begannen die Verhandlungen des Zonentages, welche sich bis zum Abend hinziehen, der Ehren-Vorsitzende der Pommer'schen Gastwirthsvereinigung, Herr C. Krause, begrüßte die von auswärtig erschienenen Gäste, und sprach seine Freude darüber aus, daß das Interesse für den Gastwirthsverband auch in der Provinz mehr und mehr steigt und immer weitere Kreise den großen Ganzen betreten. Den Vorsitz führte Herr Delhoff-Stettin. Die Verhandlungen betrafen im Wesentlichen innere Vereinsangelegenheiten. Eine längere Debatte rief die Verbands-Witwen- und Waisenkasse hervor, deren Begründung den diesjährigen Gastwirthstheg zu Hamburg beschäftigen wird. Der Zweck derselben soll sein, hülfsbedürftige Witwen und Waisen verstorbenen Vereinsmitglieder, welche bis zu ihrem Tode einem Verbandsverein angehört haben, bei Krankheitsfällen zu unterstützen.

Der Zonentag beschloß zu beantragen, daß die Unterstützungen nicht nur auf Witwen und Waisen beschränkt, sondern auch auf Gastwirthsgehilfen ausgedehnt werden soll, welche ohne eigenes Verschulden in Noth gerathen sind, ferner sollen die Unterstützungen nicht nur in Krankheitsfällen, sondern auch bei anderen Nothlagen gezahlt werden. Auch im Weiteren wurden bei dem Statutenentwurf einige wesentliche Veränderungen beantragt. Es folgt seitens des Vorsitzenden die Berichterstattung über die am 5. d. M. in Berlin stattgefundene Gesamt-Vorstandssitzung, in welcher u. A. die Vermehrung der Zonen von 12 auf 15 beschloffen, ferner die Entwidlung der einzelnen Zonen und die Beiträge für dieselben festgesetzt ist. Als Ort des nächstjährigen Zonentages wurde wiederum Stettin und der bisherige Zonenvorstand wiedergewählt. — Schließlich wurden eine Anzahl von außerordentlich interessanten Begrußungs-Telegramme gelesen und die Vertreter der auswärtigen Vereine sprachen den Stettiner Kollegen, vor Allem aber den hiesigen Brauereien den Dank für den freundlichen Empfang aus, woran der Vorsitzende die Hoffnung knüpfte, daß auch in Zukunft das gute Verhältnis, welches in Stettin zwischen den Brauereien und dem Gastwirthsverband besteht, dauernd erhalten bleiben möge. — Mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser wurde der erste Zonentag beschloffen.

Gestern Abend gegen 10 1/2 Uhr kam auf dem Boden des Hauses Wellenstraße 18 Feuer aus, das Theile des Fußbodens, der Balkenlage und Deckenvercalung ergriff. Außer einigen Gerümpel verbrannten auch mehrere Bettstücke. Die Feuerwehr war eine Stunde bei dem Brande thätig.

